

Verbands-Zeitung

Organ für die Interessen der Arbeiter in Branereien, Brennereien, Mühlen und verwandten Betrieben
Publikationsorgan des Verbandes der Branerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
Bezugspreis: vierteljährlich 6 Mark, unter Kreuzband 8 Mark
Eingetragen in die Postzustellungsliste. Redaktionsschluss Montag früh 8 Uhr

Verleger und verantw. Redakteur: Dr. Fritz, Berlin-Dahlemburg
Redaktion und Expedition: Berlin O. 27, Spidelerstraße 6
Druck: Vordrucks Buchdruckerei Paul Singer & Co., Berlin SW. 68

Insertionspreis:
Für Anzeigen aller Art: die jeweils vollere Kolonnenzeile 1 Mark,
für Todesanzeigen: Zeile 70 Pfennig, für Arbeitsmarkt 80 Pfennig.

Am 6. Juni ist Reichstagswahl! Es steht viel auf dem Spiel! Formt den Reichstag Euren Interessen entsprechend; Ihr könnt es, wenn Ihr wollt! Fehle niemand bei der Wahl! Wählt sozialdemokratisch!

Gegen Lohnerhöhungen.

Der Öffentlichkeit wird folgendes mitgeteilt:

Die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände hat in ihrer Ausschussung vom 20. Mai in eingehender Aussprache die gesamte Wirtschaftslage Deutschlands erörtert. Sie hält es für ihre dringende Pflicht, den ernststen Mahnruf an sämtliche ihr angeschlossene Arbeitgeberverbände zu richten, jede neue Erhöhung der Löhne und Gehälter abzulehnen. Die Preise der deutschen Erzeugnisse haben die Weltmarktpreise ungefähr erreicht, zum Teil bereits überschritten. Schon heute wird überall der Absatz. Eine abermalige Steigerung der Herstellungskosten durch weiteres Anschwellen der Löhne und Gehälter und die daraus folgende Vertenerung der Preise muß zur Katastrophe führen und damit unabsehbares Elend über alle Kreise des deutschen Volkes, nicht zuletzt der Arbeitnehmer, bringen. Den Arbeitnehmern ist auch mit der reinen Steigerung der Löhne und Gehälter zuzugedenken nicht gebietet. Ihnen wie der ganzen deutschen Wirtschaft kann nur geholfen werden durch vermehrte und verbilligte Produktion, die allein und durch sich eine Senkung der Preise bewirken kann.

Also die Herren haben es zugestandenemachen verstanden, die Preise der deutschen Erzeugnisse bis zum Weltmarktpreis, zum Teil darüber, hinaufzutreiben, und die Industrien, die das geschafft haben, haben fabelhafte Gewinne eingestekt. Die Löhne sind dagegen weit hinten geblieben und weit hinter den Weltmarktlöhnen. Nur die Preisstreiberie nicht mehr so weiter geht infolge Verringerung der deutschen Valuta, wendet man sich gegen Lohnerhöhungen. Erst sollte man den Gewinn abbauen durch Erhöhung der Löhne, damit zwischen Löhnen und Gewinn ein gerechtes Verhältnis Platz greift.

Ueber die jetzt übliche Preispolitik sagt Dr. Felix Pinner im "Berliner Tageblatt": "Auf vielen Gebieten sind die Preise im Verhältnis zu den Selbstkosten der Produktion sogar ganz übermäßig hinaufgeschoben worden. Das zeigen die riesigen Gewinne, die von vielen Zweigen der Industrie und des Handels bis in die letzte Zeit hinein erzielt werden konnten. Unsere gesamte Industrie war in der letzten Zeit durchaus auf den Grund abgegraben, aus einem verhältnismäßig geringen Warenumsatz verhältnismäßig hohe Gewinne zu erzielen. Die Forderung der Stunde ist, daß bei der Bemessung der Verkaufspreise die ganz Angehörigen hohen, häufig direkt wucherischen Gewinnquoten, an die sich Industrie und Handel in der letzten Zeit gewöhnt haben, auf ein vernünftiges und angemessenes Maß reduziert werden. Ein Industrieller sagte mir neulich "vertraulich", daß sein Verband eine Preiserhöhung um 30 Proz. zum Ausgleich für die gestiegenen Rohmaterialpreise und Löhne beschlossen habe. Er und andere Mitglieder dieses Verbandes seien der Ansicht gewesen, daß die erhöhten Kosten auch durch eine Preissteigerung von 10 Proz. gedeckt worden wären, aber diese "maßvollen" Mitglieder seien von den "Diebdienern" überstimmt worden." Dr. Pinner gibt dann einen Auszug aus dem Brief eines anderen Industriellen zum besten, in dem gesagt ist: "Der Verdienst muß auf ein normales Niveau zurückgeführt werden, da bei den jetzigen Sähen Profit erzielt werden, gegen welche die der Kriegsgewinnler verblaffen. Niemand verkauft heute noch zu seinem Selbstkostenpreise plus 10 bis 25 Proz. Nutzen, sondern jeder nimmt oder nahm den Tagespreis, oder den Verkaufspreis und wenn irgend möglich noch wesentlich mehr."

Und nun, da die übermäßig hohen Gewinne sich nicht mehr steigern oder aufrechterhalten lassen und Absatzrückungen erzeugt haben, weil die Preise der deutschen Erzeugnisse bis zum Weltmarktpreis und darüber aus Gewinninteresse hinaufgetrieben sind, soll die Verhinderung weiterer Lohnerhöhungen den Profit sichern. Die Arbeiter müssen schon verlangen, daß der übermäßige Profit als ausgleichender Faktor behandelt wird zur Wieder-

belebung des Absatzes und nicht die in Rücksicht auf die Preise erheblich zurückgebliebenen Löhne.

Aber diese Grundgedanke der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände ruft auch die Arbeiter beiderlei Geschlechts zur Verteidigung ihrer Rechte und Interessen: Wer von den Berufsarbeitern noch nicht dem Verbände angehört, der muß von der Notwendigkeit der geschlossenen Organisation überzeugt werden:

Niemand mehr außerhalb des Verbandes! Das ist der beste Schutz für alle Berufskräfte.

Auf zur Wahl!

Der Wahltag steht unglutet von roter Rosenpracht. Und Siegeswille flutet. Und Kampferneue wadit. Wir kämpfen und wir wahren, was wir erreicht. Deran: Strömt all in hellen Scharen, und brächt den letzten Mann!

Wir trugen Not und Leiden in stillerberühneter Mut. Nun geht es ans Entscheidende! Auf denn: und wählet gut! Sie zwingen uns nicht wieder! Dem halten wir Gericht! Ihr Schwestern und Ihr Brüder, tu jeder seine Pflicht!

Wir wollen und wir müssen durch Not und Ungemach! Aus Nacht und Finsternissen wächst groß und klar der Tag. Wacht unser Tag, der zählen der Arbeit Heer wird stark, Der Tag, da keiner fehlen und abseits bleiben darf!

Der Wahltag rüft! Es leuchten die Rosen reich und rot... Ihr Lebenslast beugen: Sie u i zwingt Ihr Qual und Not! Die Stunde will Euch mahnen, daß Ihr sitzt zu Gericht! Hoch rufen unsere Fahnen: Wählt rot! Zur Eure Pflicht!

An die Ortsausschüsse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes!

An die Ortsstelle der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände!

Die Wahlen zu den Betriebs-, Arbeiter- und Angestelltenräten stehen vor ihrem Abschluß. Die neugewählten Betriebsvertretungen haben in erster Linie Arbeitnehmerinteressen zu vertreten; sie sollen gleichzeitig dafür sorgen, daß künftig in der Warenerzeugung und Warenverteilung nicht lediglich private Gewinnrücksichten maßgebend bleiben, sondern den allgemeinen volkswirtschaftlichen Bedürfnissen der gesamten Bevölkerung Rechnung getragen wird. Die Handlungen der Betriebsräte dürfen jedoch nicht vom Betriebsegoismus

einzelner Belegschaften getragen sein. Das solidarische Empfinden der gesamten werktätigen Bevölkerung und das Streben nach Bewirkung gemeinwirtschaftlicher Gedanken sind die unbedingten Voraussetzungen für eine erfolgreiche Arbeit der Betriebsräte.

Diese großen Aufgaben können die Betriebsräte nur in Gemeinschaft mit den Gewerkschaften erfüllen. Dabei müssen Hand- und Kopparbeiter zusammenwirken. Die Schwierigkeiten, die durch die getrennte Organisation von Arbeitern und Angestellten hierbei entstehen, können und müssen überwunden werden.

Die unterzeichneten Zentralstellen der gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter und Angestellten sind dahin übereingekommen alle Maßnahmen zur Durchführung der Aufgaben der Betriebsräte gemeinsam zu treffen und zu diesem Zwecke eine gemeinsame

Gewerkschaftliche Zentrale der Betriebsräte einzurichten. Diese wird bis auf weiteres im Bureau des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin SO. 16, Engelwiler 15 IV, ihren Sitz haben.

Die Gewerkschaftliche Zentrale der Betriebsräte wird die Richtlinien für die Betriebsräte in kürzester Frist den Ortsausschüssen des A. D. G. B. und den Ortsstellen der Afa überreichen. Ortsausschüsse und Ortsstellen müssen in gleicher Weise wie die Zentralstellen gemeinsam

arbeiten, um die Tätigkeit der Betriebsräte in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen. Zu diesem Zweck sind die Betriebsräte in die Gesamtorganisation der Gewerkschaften einzugliedern. Eine örtliche Zusammenfassung nach Industriegruppen, wie sie durch die Ortsausschüsse des A. D. G. B. in Berlin und Hamburg bereits vorgesehen ist, wird sich als zweckmäßig erweisen. Hierbei darf eine Trennung zwischen den Mitgliedern der Betriebsräte, die aus Arbeiter- und aus Angestelltenkreisen gewählt sind, nicht eintreten. Die Ortsausschüsse des A. D. G. B. und die Ortsstelle der Afa müssen gemeinsam eine örtliche Zentralstelle für die Betriebsräte einrichten.

Mitte Juni wird die nach Beschluß des Ausschusses des A. D. G. B. herauszugebende Betriebsrätezeitung erscheinen. Die von der Afa bereits herausgegebene Zeitung "Der Betriebsrat" wird fortbestehen. Ob eine Verschmelzung der beiden Organe möglich und zweckmäßig ist, wird später entschieden werden.

Durch diese Zusammenarbeit der Betriebsräte mit den gewerkschaftlichen Organisationen muß ein gewaltiger wirtschaftlicher Faktor entstehen, der nicht nur zur Gesundung unseres Wirtschaftslebens von den Folgen des Krieges, sondern zu seiner Umgestaltung zum Segen aller Arbeitenden entscheidend beitragen wird.

Jede Organisation der Betriebsräte, die einer bestimmten politischen Partei dienen soll, muß diesen naturgemäßen Entwicklungsgang föhren. Wer aus parteipolitischen Gründen eine Sonderorganisation der Betriebsräte erstrebt, schwächt die wirtschaftliche Macht der Arbeiterklasse. Diese kann und darf sich für die nächste Zeit und für absehbare Zeit nur in den Gewerkschaften konzentrieren und muß eins mit ihnen sein.

Nähere Anweisungen über die Durchführung dieser Organisation werden den Ortsausschüssen des A. D. G. B. und den Ortsstellen der Afa durch die unterzeichneten Zentralstellen direkt übermittelt werden.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes

C. Legien.
Die Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände.
Auffhäuser, Urban, Klingert.

Industrie und Arbeitsmarkt im März 1920.

(Nach den Berichten im Reichsarbeitsblatt.)
Die politischen Ereignisse, die sich um die Mitte des Monats abspielten, der durch sie zum Ausdruck gebrachte Generalstreik und die nachfolgenden Ansuchen haben ihre Wirkung auf die Gestaltung des Arbeitsmarktes nicht verfehlt. Die im Februar erkennbare Besserung, die sich nach über die ersten Märzwochen fortgesetzt hatte, wurde unterbrochen. Anstatt sich durch Ueberbrücken, auf die so große Hoffnungen gesetzt waren, zu heigern, sank die Rohstoffförderung zeitweise auf ein kaum nennenswertes Quantum; Etodungen und Arbeitsausfälle trafen in fast allen Industriezweigen der hauptsächlich von den Wirren betroffenen Gebietsteile ein. Auch nachdem die unmittelbaren Folgewirkungen in den wesentlichsten Teilen überwunden waren, blieb noch vielfach eine starke Demütigung zurück.

Die Abnahme der Zahl der aus öffentlichen Mitteln unterstützten Erwerbslosen hat sich im März in bisheriger Weise fortgesetzt. Den Berichten der Demobilisationskommission zufolge gab es im Reich am 1. April im ganzen 331 116 unterstützte Erwerbslose gegen 368 011 am 1. März. Von der früheren Zahl entfielen auf das männliche Geschlecht 259 675 (im Vormonat 285 568) auf das weibliche Geschlecht 71 441 (im Vormonat 82 443). Die Zahl der Familienangehörigen betrug am 1. April 313 196 gegen 349 627 am gleichen Tage des Vormonats.

Das Arbeitsangebot bei den öffentlichen Nachrichten zeigt zwar im ganzen genommen eine Abnahme — auf je 100 offene Stellen entfielen im März 162 männliche und 88 weibliche Arbeitsuchende gegen 174 bzw. 91 im Vormonat — doch war die Entloftung bei den einzelnen Industriezweigen keine gleichmäßige. Die Nahrungs- und Genussmittelindustrie zeigte eine Zunahme der Arbeitsuchenden; auf je 100 offene Stellen kamen 408 männliche und 154 weibliche Arbeitsuchende gegen 395 bzw. 151 im Vormonat.

Die Zahl der versicherungspflichtigen Krankentagen im März hat sich abgesehen von arbeitsunfähigen Kranken nach den Berichten von 5380 Tagen in der Zeit vom 1. März bis zum 1. April um 99 611, d. h. 1,6 Proz.

vergrößert, die Zahl der männlichen Pflichtmitglieder stieg um 1,2 Proz. auf 6210 131, die der weiblichen um 0,7 Proz. auf 3 748 989.

Nach der Statistik von 34 Fachverbänden waren bei einer Gesamtmitgliederzahl von 4 988 540 im März 1919 237 oder 4,75 Proz. arbeitslos. Das würde gegen den Februar, in dem von 4 858 951 Fachverbandsmitgliedern 141 357, also 2,91 Proz., arbeitslos waren, einen Rückgang um etwa ein Drittel bedeuten. Gegen den März des Vorjahres, in dem der Satz 3,6 betrug, macht der Rückgang rund die Hälfte aus.

Bei den Brauereien Süddeutschlands bewegte sich der Bierabfab im März ziemlich auf derselben Höhe wie im Februar, er blieb aber hinter demjenigen im März 1919 wesentlich zurück. Die württembergischen Brauereien haben unter Rohstoffmangel und Unruhen zu leiden gehabt. In Nordwestdeutschland herrscht gleichfalls schlechter Geschäftsgang. Für die Groß-Berliner Brauereien blieb der Bierabfab im März hinter dem gleichen Monat des Vorjahres wesentlich zurück, doch ist dem Vormonat gegenüber verhältnismäßig wenig zurückgegangen. Für Weiblicher ist schwache Tätigkeit und wegen geringerer Zuteilung von Malz eine rückgängige Bewegung gegen den Februar festzustellen. Für die Herstellung von Braumalz ist eine weitere Verschlechterung vor sich gegangen, da die Gerstenlieferungen im Monat März ausblieben. Im Berichtsmonat haben sich bei dem Arbeitsnachweis der zum Verein der Brauereien Berlin und Umgebung gehörigen Brauereien 119 Personen einschreiben lassen; 352 Bestellungen gingen ein, 349 wurden besetzt, darunter 342 zur Auslieferung. Die Nachfrage nach Personal ist gegen den Vormonat um 268 Stellen gestiegen. Der Bestand an Arbeitslosen betrug am 1. April 504. Lohnsteigerungen haben vielfach stattgefunden, namentlich in Schleswig-Holstein, Westfalen und Mecklenburg. Den Angestellten und Arbeitnehmern der Groß-Berliner Brauindustrie ist eine Brot- und Kartoffelzulage gewährt worden: Den Angestellten 150 Mk., den Arbeitern 156 Mk. und den Arbeiterinnen 80 Mk. Die Brauindustrie war am Generalstreik in der Woche vom 15. bis 20. März d. J. beteiligt.

Die Lage für Fabriken alkoholfreier Getränke erweist sich nach den eingegangenen Berichten sehr ruhig und schlechter als im Vormonat.

Die Getreidemühlen waren teils normal oder ausreißend, teils ungenügend beschäftigt. Nach einer Angabe liegt Beschäftigung nur zur Hälfte der Leistungsfähigkeit vor. Gegen den Vormonat ist zum Teil eine Verringerung nicht eingetreten. Vereinzelt Angaben über Beschäftigung im Vergleich von Mangel an zu mahlendem Getreide stehen jedoch über eine Verbesserung durch bessere Getreideanlieferungen von Seiten der Landwirtschaft gegenüber. Für Futtermittel wird unüberwunden hohe Tätigkeit gemeldet. Dasselbe gilt für Reismühlen. Die Speiseindustrie gibt an, daß gerade nur 1/3 der Produktionsleistung erreicht wurde und daß die Leistungen im Vergleich zum Vorjahre um 1/3 niedriger ausfielen.

Von den Spiritusfabriken sind besondere Veränderungen im abgelaufenen Monat nicht zu merken. Durch die allgemeinen Streiks entstand erheblicher Ausfall; der Rückgang wird von einem Drittel auf ein Drittel bis zur Hälfte angegeben. Zigarfabriken kennzeichnen den Geschäftsgang als gut, Dampfzentrifugalen als ausreißend. Für Brauereiarbeitung und -lagerung war sehr langsam und erheblich geringer als im Vorjahr zu sein. Bei den Presshofeasfabriken geht aus der Berichtstätigkeit besser als im Februar.

Von Mitgliedern des Verbandes waren Ende März arbeitslos 1069, davon 797 männliche und 272 weibliche, außerdem 20 männliche auf der Reise. Die Verände der Arbeitsnachweise für ganz Deutschland geben für März folgende Differenz:

Table with columns: Berufsart, Beschäftigte, Offene Stellen, Differenz. Rows include various professions like Bauarbeiter, Bergarbeiter, etc.

Die Einheitsorganisation.

Von der Gewerkschaft Deutschlands wird in jeder Auflage der Verbandszeitungen die Einheitsorganisation empfohlen. Dieses große und erhabene Problem zu lösen, ist für jeder Gewerkschaftler höchste Pflicht und die Lösung liegt in der Einheitsorganisation. Jeder Arbeiter hat sich dem Organisationswesen und deren Fortschritten in jeder Hinsicht nach besten Kräften zuwenden zu müssen. Ganz abgesehen von den Gewerkschaftsinteressen, denn die meisten derselben kennen den Staat und die Ziele dieses großartigen Werkes nicht. Jeder sollte in jeder Konvention oder Versammlung ein Wort über die Einheitsorganisation sagen, von welcher Art sie ist, wie sie zu erreichen ist. Wenn dieses geschieht, ist es ein großer Schritt zum Ziel, zu dem wir uns bemühen müssen. Denn es ist nur durch den gemeinsamen Willen aller, die Einheitsorganisation zu erreichen, daß wir den Staat und die Ziele dieses großartigen Werkes nicht verfehlen werden. Denn es ist nur durch den gemeinsamen Willen aller, die Einheitsorganisation zu erreichen, daß wir den Staat und die Ziele dieses großartigen Werkes nicht verfehlen werden.

Selbst sagen sich, besser König in einem kleinen Reiche als in einer großen Organisation untertan sein. Aber es kann nichts nützen, denn in einem sozialistischen oder demokratischen Staate muß auch in den Verbänden reformiert werden, man muß sich dem Zeitalter anpassen, je eher desto besser. Weg mit den Verbänden alle, die Einheitsorganisation soll unser Leitstern sein; damit wir in absehbarer Zeit die Vorteile derselben genießen können.

Es würde zu weit führen, die Vorteile derselben hier anzugeben, es ist Sache der Funktionäre und Kollegen selbst hier aufzuklären und mitzuwirken. Ich will hier nur einen Punkt herausgreifen. Wie oft hört man langjährige Verbandskollegen klagen, welche wegen Mangel an Rohstoffen sich zeitweise in einer anderen Industrie Arbeit suchen müssen, wir könnten Arbeit bekommen, aber wir gehörten nicht dem zuständigen Berufsverbande an. Dieser Nachteil würde mit einem Schläge durch die Einheitsorganisation behoben und solche Härten können nicht mehr vorkommen.

Daher wäre es auch Pflicht der Verbandsvorstände, einen Entwurf in den Verbandszeitungen zu veröffentlichen oder einen Arbeitsplan zeichnerisch darzustellen, wie von der Zentrale aus die Verbindungen mit den verschiedenen Industrien, den Fachgruppen, diese wieder mit den Bezirken und Ortsverbänden sind. Dann erst ist vor dem geistigen Auge mancher Kollegen ein Bild, wie eine Einheitsorganisation aussieht.

In Amerika und England, wo es seit geraumer Zeit eine Arbeiterunion gibt, wo der Beamte wie Arbeiter derselben Angehörig, hat man nur ein Kopfschütteln für die vielen Verbände der anderen Länder. Darum ist in jenen Staaten eine gutdisziplinierte und zielbewusste Arbeiterchaft vertreten. Da nun der Deutsche zu der aufstrebendsten Rasse der Völker der Welt gehört, so muß er sich in diesen Dingen nicht hinterherhaken lassen. Die Arbeiterunion in dem Sinne, die Industrial Workers of the World, deren Ausbreitung und Stärke uns gegenwärtig unbekannt ist. Die Red.

Mag der Pfad auch noch so dornenvoll sein, wir müssen ihn doch einmal betreten; heran an die Arbeit, damit wir in absehbarer Zeit Leistungen sehen, welche mit dem Prädikat „Gut“ zu bezeichnen sind. Duisburg. A. Lebernum.

Der Kollege irrt mit der Behauptung, daß in Amerika und England schon seit geraumer Zeit die Arbeiterunion vorhanden ist. In England ist davon überhaupt keine Rede, dort bestehen viel mehr Verbände und Verbändchen als in Deutschland, und nur in Amerika besteht neben den anderen großen und kleinen Verbänden eine Arbeiterunion in dem Sinne, die Industrial Workers of the World, deren Ausbreitung und Stärke uns gegenwärtig unbekannt ist. Die Red.

Ein Beitrag zur Taktik bei Lohnbewegungen.

Einzeln Organisationen, vielleicht auch einige unserer Kollegen, lassen sich bei der Festsetzung der Höhe der Forderungen von der Ansicht leiten, daß je mehr gefordert wird, auch desto mehr bewilligt wird. Diese Taktik hat sich in der Praxis als vollkommen irrig erwiesen. Werden nämlich von einer Organisation immer und immer Forderungen von sprunghafter Höhe gestellt, abgesehen von diesen Forderungen durchwegs begründet sind, so erweist sich die Gefahr, daß diese Forderungen von den Arbeitgebern, ja letzten Endes sogar von den Schlichtungsausschüssen nicht mehr ernst genommen werden. Aus meiner Tätigkeit ist mir ein Fall bekannt, daß die Forderungen einer Gewerkschaft selbst von den Schlichtungsausschüssen nicht ernst genommen wurden, weil sie anfangs stets das Doppelte von dem verlangte, was ihr zugestimmt wurde, obwohl sie jetzt weniger als andere Organisationen forderten. Dagegen werden mäßige Forderungen dahin wirken, daß die Schlichtungsausschüsse die Forderungen als annehmbar anerkennen. Es ist entschieden vorzuziehen, wenn Lohnbewegungen nicht zu sprunghaft gefordert werden, dagegen sollte man öfters Lohnbewegungen mit mäßigen Forderungen einleiten. Selbstverständlich wird man bei der Festsetzung auch die Rentabilität der Betriebe nachprüfen müssen. Ist nämlich ein Betrieb noch nicht an die Grenze seiner Leistungsfähigkeit gekommen, kann man höhere Forderungen stellen. Jedenfalls muß es unsere Aufgabe sein, jeden Betrieb an die Grenze seiner Leistungsfähigkeit zu führen. Und für die Betriebe, die durch die Zwangswirtschaft gebunden sind, wird man die Frage der Rentabilität eingehender und gewissenhafter prüfen müssen wie bei denjenigen, die in der Lage sind, durch Erhöhung der Verkaufspreise die Mehrkosten der Herstellung umgeben auf die Käufer abzuwälzen, und sich die erforderlichen Maßnahmen unterziehen müssen, den Betrieb in die Lage zu versetzen, die Arbeiterschaft zu befriedigen.

Bei vielen unserer Kollegen, und das mag ganz besonders für den Osten gesagt sein, Eildere sah in der ersten Zeit ihrer Organisationszugehörigkeit die Vorstellung, daß man nur zu streiken brauche, um seine Forderungen durchzusetzen. In der Zeit kurz nach der Revolution 1918 ist es einigen Verbänden durch schnelle Streiks gelungen, die Löhne vorläufig zu steigern. Diese Erscheinung ist nach der Revolutionszeit auch wieder zurück getreten, und die Umwandlung des politischen Generalstreiks in einen wirtschaftlichen durch einige Organisationen ist taktisch durchaus richtig. Es muß jedoch bei den vielen Kollegen die Vorstellung stehen, daß ein Streik das Allheilmittel sei. Ein Streik ist immer ein Schaden für die Kollegen, wenn die Forderungen dem Arbeitgeber nicht bezahlt werden. Man sollte ihn deshalb nur in den notwendigsten Fällen proklamieren. Das sage ich, trotzdem ich zu der radikalsten Seite gehöre, da in der Jetztzeit Löhne ohnehin nur auf kurze Zeit abgehoben werden. Besteht die Möglichkeit, durch einen langwierigen Streik die Unternehmer entgegenkommen zu machen, so kann man diesen Streik erweisen. Die Stilllegung des Betriebes muß vollkommen sein; läßt der Arbeitgeber sich in den ersten Tagen nicht bewegen, wesentliche Zugeständnisse zu machen, so muß man nachprüfen, ob das Überwachen oder Lösen Wille ist. Nur wenn letzteres zutrifft, darf der Streik fortgesetzt werden. Im ersten Falle soll man verhandeln. Einigungsversandlungen herbeiführen. Besonders vorteilhaft ist es, bei Differenzen allgemeiner Natur, wie Entlassungen usw., einen Streik zu

proklamieren, weil die Forderungen von vornherein als erfüllbar zu betrachten sind. Wird ein solcher Streik gewissenhaft durchgeführt, wird der Arbeitgeber die Forderungen alsbald annehmen; die Organisation hat sich stark erwiesen, und diese Stärke wird ihren günstigen Einfluß auch auf Lohnbewegungen ausüben. Man soll niemals die Organisation in den Schein der Schwäche bringen. Staut man eine Forderung nicht tatkräftig bis zur restlosen Anerkennung aufrechterhalten zu können, soll man nicht von Anfang an gleich zu weit gehen, um hernach nicht einen Rückzug verschleiern zu müssen. So wird die Organisation immer in der Lage sein, das Möglichste zu leisten. Ernst Cronau, Jüterburg.

Der Landesverband land- und forstwirtschaftlicher Arbeitgeber Bayerns

Befasste sich in seiner Generalversammlung im April mit der Frage des Ausbaues des Landesverbandes auf die landwirtschaftlichen Nebenbetriebe und die mit der Landwirtschaft eng verwandten Betriebe, um die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der gesamten landwirtschaftlichen Betriebe nach den Grundrissen, die für die Landwirtschaft als solche aufgestellt wurden, unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der einzelnen Wirtschaftszweige zu erheben. Dadurch soll nach dem Bericht in den „Mitteilungen“ der ungünstige Einfluß auf das Lohn- und Arbeitsverhältnis, der bisher durch die gesonderten Abmachungen der nebenbetrieblichen Zweige der Landwirtschaft bei diesen und in der Landwirtschaft überhaupt hervorbrachte, möglichst beseitigt werden. Der Bayerische Müllerbund, der Bayerische Gärtnereiverband, die Mökerei-, Käse- und Brenneierorganisationen der Produzenten usw. werden nach dem Bericht in den Landesverband einbezogen; mit dem Bayerischen Brauerbund steht der Landesverband in Unterhandlungen.

Unter der Beseitigung des ungünstigen Einflusses auf das Arbeits- und Lohnverhältnis, der angeblich bisher durch die gesonderten Abmachungen der nebenbetrieblichen Zweige der Landwirtschaft hervorbrachte, verstehen die Herrschaften die Beseitigung des Achtstundentages und der nach den Verhältnissen in den Gewerbebetrieben vereinbarten Löhne und sonstigen tariflichen Vergünstigungen der Arbeiter, und es wird schon Propaganda dafür gemacht, daß die gewerblichen Arbeiter auf dem Lande dem Forst- und Landarbeiterverband zugehören sollen.

Die Herren, und besonders Dr. Grolsch, der Vorsitzende dieses Landesverbandes, wollen diese Arbeiter als Landarbeiter betrachten und für sie soll der achtstündige Arbeitstag aufgegeben werden. Auch sind ihnen die Arbeitslöhne der gewerblichen Arbeiter zu hoch. Schon im vorigen Jahre (1919) versuchte der zentrumsechte Rechtsanwalt Weinberger durch einen Antrag bei der Demobilisierungsausschüsse den Achtstundentag bei den bayerischen Landbauern aufzuheben. Was er da für Begründungen geschrieben hat, werden wir später einmal erfahren. Es gelang ihm auch, für 4 Betriebe seinen Antrag durchzuführen, aber nicht durch Beschluß der Demobilisierungsausschüsse, sondern ein guter Freund, der in diesem Ressort gewesen, hat ihm einfach sein Gesicht abgestemmt und so erlangte dieser Rechtsanwalt diese Ausnahme.

Die Brauerei- und Mühlenarbeiter sowie die Brenneierarbeiter und alle Arbeiter auf dem Lande, wollen sich in ihren Organisationen nicht irren lassen. Der Landarbeiterverband hat seinerzeit schon erklärt, daß es ihm nicht einfällt, die gewerblichen Arbeiter zu nehmen. Aber dieser Landesverband treibt Agitation sogar bei den gewerblichen Arbeitern, daß sie zur Landwirtschaft gehören. Also, ihr Arbeiter in Brauereien, Mühlen, Brenneieren und alle Nahrungsmittelwerksarbeiter, haltet an Eurer Organisation fest, denn wenn diese Herren vom Landesverband Euch überföhlert haben, dann ist für Euch der Achtstundentag am längsten gewesen. Es muß noch der letzte Rest der Lebensmittelarbeiter auf dem Lande der Organisation zugeführt werden.

Die Agitation muß Hand in Hand gehen. Auch muß unter den landwirtschaftlichen Arbeitern größere Agitation entfaltet werden für den Landarbeiterverband. Schrems.

Lohnbewegungen in den Brenneieren und Presshofeasfabriken, Bezirk Dortmund.

Der in voriger Nummer der „Verbands-Zeitung“ gebrachte Bericht ist in der Ueberschrift, wie oben steht, zu berichtigen. Auch sind im Bericht selbst einige Orte falsch wiedergegeben. Es muß heißen: West, nicht West, ferner Hamm-Albed, nicht Albed.

Bewegungen im Berufs-Brauereien, Bierniederlagen.

+ Neuklingen u. Umg. Am 9. Mai fand eine gemeinsame Versammlung der Brauereiarbeiter von Neuklingen, Pfüllingen, Lüdingen, Lutjau und Neuklingen im Osten in Kirchentellinsfurt statt, in welcher der Bezirksleiter Steinhauser (Stuttgart) den Bericht über unsere Lohnbewegung gab. Er führte u. a. aus, daß die Unternehmer zum erstenmal den Syndikus des Württ. Brauerbundes zu den Verhandlungen zugezogen haben. Dieser wollte uns in die Tarifgemeinschaft der Schwarzwaelder einreihen, während wir bis dato zu Stuttgart zählten. Ueber die Lohnfrage wurde keine Einigung erzielt, weil das Angebot der Unternehmer zu niedrig war. Der Urlaub wurde bis zu 10 Tagen genehmigt. Die Ueberstunden wurden neu geregelt. Bei Krankheit wird der Lohn 21 Tage weiterbezahlt unter Abzug des erhaltenen Krankengelds. Mit den letzten Punkten gab sich die Versammlung vorerst zufrieden, hofft aber, daß der kommende Landestarif zu weiteren Forderungen gereicht wird. In Punkt Lohn wurde scharf kritisiert, daß unsere Forderung mit 210 Mk. und 200 Mk. für Hilfsarbeiter wödentlich den heutigen Ver-

hältnissen entsprechend zu niedrig war, da die Brauereiarbeiter bedeutend Mehrausgaben für Stiefel und warme Kleidung haben als andere Berufe. Die von circa 100 Brauereiarbeitern besuchte Versammlung lehnte das Angebot der Unternehmer ab und beauftragt die Lohnkommission, weitere Schritte zu unternehmen. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

Die am 9. Mai in Kirchentellinsfurt stattgefundene gemeinsame Versammlung der Brauereiarbeiter von Lüdingen-Neulingen und Umgebung protestiert energisch gegen das Schwarzwalder oder des Oberlands einzuweisen, und hält unter allen Umständen an den Forderungen ihrer Lohnkommission fest und erwartet ferner, daß die allgemeinen Bestimmungen des Stützartikels Tarifs auch für unser Tarifgebiet auf den 1. August 1920 in Anwendung kommen.

Mühlen.

† Heiligenhafen. Nachdem sich die Arbeiter der hiesigen Mühlenfirma bereits seit mehreren Wochen herüber der Zahlstelle angeschlossen hatten, versuchten sie mit Hilfe derselben eine einigermaßen den Verhältnissen entsprechende Lohnerhöhung zu erreichen. Waren doch die bisher von Herrn Mahmann (so heißt der Inhaber der Mühle) gezahlten Löhne von 70 bis 72 Mk. pro Woche als wahre Hungerlöhne zu bezeichnen. Und man hätte nun geglaubt, daß es nur eines geringen Anstoßes bedürfe und die Löhne wären zeitgemäß erhöht worden. Aber Herr Mahmann wollte sich auf nichts einlassen; er erklärte vielmehr seinen Arbeitern, daß allen denen, welche hinter den Lübecker Vertreter ständen, gekündigt sei. Daß es ihm Ernst damit war, geht daraus hervor, daß er schon die Abgangszeugnisse der Betroffenen ausgefertigt hatte. Dieses konnten und durften sich die Arbeiter nicht gefallen lassen. Es gelang dem Zahlstellenvorsitzenden, nachdem schon früher der Bauarbeiter- und der Landarbeiterverband unberichteter Sache abziehen mußten, den Herrn zu einer Verhandlung zu bewegen. Dort zeigte es sich, daß der Herr die heutige Zeit überhaupt noch nicht begriffen hatte. Erklärte er doch, daß er alle Organisierten entlassen würde; zu diesen habe er kein Vertrauen mehr. Diese plumpe Äußerung gab unsern Vertreter Veranlassung, dem Herrn nach allen Regeln der Kunst den Text zu lesen. Das half. Herr Mahmann gab nach; der Bedingung, die Kündigung sofort aufzuheben, wurde stattgegeben. In der Lohnforderung konnte nach langer Verhandlung eine Einigung zustande kommen. Herr Mahmann gab zu dem vorliegenden Tarifentwurf seine Unterschrift. Die Löhne wurden im Durchschnitt um 48 Mk. pro Woche erhöht, Urlaub wird bis zu acht Tagen gewährt. Außerdem wird bei Krankheitsfällen die Differenz zwischen Lohn und Krankengeld auf die Dauer von mindestens 14 Tagen weiter ausgeglichen u. a. m.

Wenn auch die vereinbarten Löhne noch nicht der Zeit entsprechend sind, so muß berücksichtigt werden, daß die Kollegen noch jung in der Organisation sind und daß es die erste Lohnbewegung war, die seitens der Organisation dort geführt wurde. Als Erfolg wollen wir buchen, daß durch die Bewegung die Organisation von Herrn Mahmann respektlos anerkannt wurde, und das will viel sagen in diesem äußersten Winkel. In den hiesigen Kollegen liegt es nun, festzuhalten an dem, was die Organisation geschaffen hat. Besonders aber muß dafür gesorgt werden, daß auch der letzte Mann in der Mühle dem Verband zugeführt wird. Denn nur Geschlossenheit führt zum Ziele.

Verschiedene Betriebe.

† Mannheim-Ludwigshafen. Beendeter Lohnkampf. In der Versammlung am 9. Mai erstattete Kollege Gräbe Bericht über den Stand der laufenden Bewegungen in den Brauereien. Der Schiedspruch des Schlichtungsausschusses in Ludwigshafen hat bei den Kollegen eine große Erbitterung erregt, denn er ist beizart minimal ausgefallen, daß er seitens der Kollegen unzulässig angenommen werden konnte. Es mußte deshalb zur Arbeitsmederlegung geschritten werden. In diesem Streik beteiligten sich auch die Kollegen von Oggersheim und Frankenthal und dieser dauerte vier Tage. In den Verhandlungen wurden dann Zugeständnisse gemacht, welche wesentlich über den Schiedspruch hinausgingen. Die Wochenlöhne für den April betragen 240 Mk. und für den Monat Mai 250 Mk. Für Hilfs- und Hofarbeiter 5 Mk. weniger. Inzwischen an diesen Lohnkampf, der sich infolge der Bierpreiserhöhung sehr in die Länge gezogen hat, fanden dann auch Verhandlungen mit den Brauereien in Mannheim, Heidelberg und Schwetzingen statt, die mit demselben Resultate endeten.

Auch in den Mühlen von Mannheim-Ludwigshafen wurde eine Bewegung geführt, bei welcher der Schlichtungsausschuß ebenfalls zu entscheiden hatte. Die Stundenlöhne wurden hier um 45 Pf. erhöht, so daß der Gesamtlohn pro Woche 240 Mk. beträgt. Dieser Schiedspruch hat auch die Kollegen in den Mühlen nicht befriedigt, aber er wurde angenommen und die Verbandsleitung wurde zugleich beauftragt, den Mühlen neue Forderungen für den Monat Mai zu unterbreiten.

In der Diskussion wurden auch die Organisationsverhältnisse gestreift, und es kam allgemein zum Ausdruck, daß in den Hauptverwaltungen zur Verschmelzung zu einem Lebens- und Genussmittel-Industrieverband und letzten Endes zu einer allgemeinen Arbeiterunion mehr als bisher für gearbeitet werden sollte.

Auch innerhalb der Zahlstelle selbst soll nach Kräften in den einzelnen Betrieben mehr als bisher dahin gewirkt werden, daß die Einheitsorganisation ausgebaut wird und die noch restlichen Kollegen, die noch in den anderen Organisationen sind, überschrieben werden müssen. Allgemein kam auch hier zum Ausdruck, daß es Pflicht aller in den Brauereien und Mühlen beschäftigten Arbeiter ist, der zuständigen Organisation anzugehören, und daß es von einzelnen Kollegen als unkollegial bezeichnet werden muß, wenn sie sich dagegen sträuben.

† Maxenwerder, Wesph. In einer am 6. Mai einberufenen Versammlung, welche stark besucht war, war jeder sonst nicht oft der Fall ist, sprach unser Bezirksleiter Kollege Wienkowsky aus Danzig über die Lohnbewegung und den neuen Tarifabschluß. Die Verhandlungen

begannen anfangs März mit Kündigung des alten Tarifs und zogen sich bis zum 6. Mai hin. Die Schuld der Verzögerung lag teils in der polnischen Verkehrsperre und teils an den freien Gewerkschaften und dem hiesigen Arbeitgeberverband, welche mit dem Abschluß eines Mantelvertrages nicht zu Ende kommen konnten. Erzielt wurde in der Brauerei Hammermühle und den Mühlen Hammermühle, Kunstmühle und Bäcker- und Mühle eige Lohnaufbesserung von durchschnittlich 40 Mk. pro Woche. Die geforderten Beträge werden ab 1. April nachgezahlt. Urlaub und sonstige Vergünstigungen regelt vorerwähnter Mantelvertrag. Die Kollegen, hauptsächlich die der Mühlen, erklärten sich der klauen Zeit Rechnung tragend, damit einverstanden.

Bejchlossen wurde noch, den am 1. Juli in Kraft tretenden Verbandsvertrag schon ab 1. Mai zugunsten der Lokalkasse zu zahlen und den Lokaltbeitrag von 10 auf 50 Pf. zu erhöhen. — Dann ermahnte Kollege Wienkowsky die Mitglieder zum festen Zusammenstehen, damit die bisherigen Errungenschaften nicht verloren gehen können. Wurde doch schon bei der Lohnverhandlung von einem Arbeitgeber der Zwölfs-Stundentag in Erinnerung gebracht. Dieses steht im Zeichen der Arbeitslosigkeit. Darum Kollegen, kann nicht oft genug betont werden: Schlaft nicht ein nach einer erfolgten Zusage und betrachtet den Verband nicht nur als meckende Kuh, sondern arbeitet auch weiterhin am Ausbau der Organisation, damit wir schlagfertig sind, wenn es not tut. Der Vorsitzende Kollege Janke sprach im Namen der Versammlung dem Bezirksleiter den Dank aus für seine Bemühungen.

† Schleswig. Am 9. April wurde in Schleswig eine Zahlstelle unseres Verbandes gegründet. Wir gingen sofort daran, um unsern Lohn- und Tarifverträge aufzubessern. Bei der Firma Schleswiger Brauhaus hatte unser Vertreter, Kollege Auerbach (Kiel), eine harte Nut zu knaden, aber nach dreistündiger Verhandlung wurde doch eine Einigung erzielt und der Lohn für Bierfahrer die Woche auf 188 Mk., für Hilfsarbeiter auf 180 Mk., für Arbeiterinnen auf 110 Mk. festgesetzt, und dazu noch die üblichen Procente, mithin ein Wochenlohn von 200 Mk. und darüber, ein Lohn, der bisher in Schleswig noch nicht bezahlt wurde.

In der Mühlenbranche stehen die Kollegen der Firma Sahr u. Köhler unserem Verbande noch immer fern; sie sind zum größten Teil im Transportarbeiterverband und einige Kollegen sind überhaupt noch nicht organisiert. Jedoch kamen wir bei der Firma W. Clausen-Grühmühle zum guten Tarifvertrag, wo unser Vertreter, Kollege Auerbach, wieder anwesend war und in einer Viertelstunde den Erfolg für uns herausgeholt hatte. Vereinhart ist an Lohn für Müller und Handwerker 208,40 Mark für Hilfsarbeiter 196,80 Mk., für Schichtleute bei drei Schichten mit Ablösung 30 Mk. pro Monat extra, für sämtliche Arbeiter pro Woche 3 Pfund Mühlenfabrikate, die Kranken- und Invalidenversicherung bezahlt wie bisher der Arbeitgeber. Mit dem Urlaub ist unser Tarif der beste in ganz Schleswig. Wertvoll ist auch die Vereinbarung nach § 616 des B.G.B. Alle Arbeiter, die ein Jahr im Betriebe tätig sind, erhalten bei ärztlich nachgewiesener Krankheit für die Dauer von vier Wochen die Differenz zwischen Krankengeld und Lohn.

Nach unserer Heberzeugung ist unser Tarif der beste, der in Schleswig bis jetzt abgeschlossen ist. Kollegen, Ihr ist, daß es nur der strammen Organisation und der Einigkeit der Kollegen zu verdanken ist, daß wir soweit gekommen sind. Den Kollegen bei Sahr u. Köhler rufen wir zu: Tretet zu uns über und laßt Euch aufnehmen in unseren Verband, damit Eure Verhältnisse in gleicher Weise geregelt werden.

Korrespondenzen.

Artern i. Thür. Am 17. Mai fand in Artern eine Versammlung statt. Kollege Strauß-Halle erstattete Bericht über die Verhandlungen mit dem Sächsisch-Thüringischen Brauereiverband. Redner zeigte an den Bestimmungen des Vertrages, daß der Abschluß den Kollegen in den Landorten große Vorteile gebracht hat.

Zum 2. Punkt wurde die Verschmelzung mit der hiesigen Distrikte des Bundes herab und alle Vorschläge des Vorstandes angenommen. Die Mitglieder des Bundes erklärten ihren Uebertritt zum Verband und wurde sofort zur Neuwahl der Ortsverwaltung geschritten. Ebenfalls haben sich die Kollegen der Malzfabrik dem Verband angeschlossen. Moniert wurde, daß die Vereinsbrauerei den neuen Tarif noch nicht zur Auszahlung gebracht hat. Kollege Strauß versprach, die Angelegenheit sofort durch den Betriebsrat in die Wege zu leiten. Mit einem Schlußwort des Referenten und des neu gewählten Vorsitzenden, Kollegen Böding, wurde die gut verlaufene Versammlung geschlossen. Mögen die Kollegen nun gemeinschaftlich die Interessen wahrnehmen.

Danzig. Christliches Terrormärchen. Der Christliche Zentralverband der Fabrik- und Transportarbeiter veranlaßt dieser Tage nachfolgenden Bericht an sämtliche bürgerliche Zeitungen Danzigs:

Die bei der Danziger Aktien-Bierbrauerei beschäftigten Arbeiter Vorherr (Rater und Sohn) wurden, weil sie im christlichen Verband organisiert sind und sich weigerten, zum freigewerkschaftlichen Brauerei- und Mühlenarbeiterverband überzutreten, von ihren Arbeitskollegen heute früh gewaltsam aus dem Pferdefall über den ganzen Hof bis vor das Tor geschleift. In Betriebsversammlungen am Montag und Dienstag war von der Arbeiterschaft der Brauerei beschlossen worden, die beiden Vorherrn zum Austritt aus dem christlichen Verband aufzufordern. Wo bleibt da die vielgepriesene Gewinnungs- und Gewissensfreiheit des sozialistischen Programms?

Da dieser Bericht vollkommen wahrheitswidrig war, sandten wir sofort nachfolgende Erklärung an die Presse: Der in der Danziger Aktien-Bierbrauerei beschäftigte Bierfahrer Vorherr gehört nachweislich dem Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter an. Seit etwa 6 Wochen war V. mit seinen Beiträgen im Rückstand. Vom Obmann des Betriebsausschusses aufgefordert, seinen Verpflichtungen nachzukommen, lehnte er dies in herausfordernder Weise

ab. Dieses Verhalten erregte erklärlicherweise das Mißfallen der gesamten Belegschaft der Brauerei. Eine Betriebsversammlung beschloß, V. erneut aufzufordern, seine Beiträge zu bezahlen. Als dem V. dieser Beschluß bekanntgegeben wurde, verweigerte derselbe dies mit dem höhnischen Bemerkten, „es würde doch nicht mehr lange dauern, bis die christliche Gewerkschaft der Fabrik- und Transportarbeiter das Regiment in dem Betrieb übernehmen werde“. (Es ist uns nicht bekannt, ob V. trotz seiner Zugehörigkeit zu unserem Verbande auch noch dem Zentralverband christlicher Fabrik- und Transportarbeiter angehört.) Wegen dieser herausfordernden Antwort wurde nun V. in etwas unjanter Weise aus dem Betrieb entfernt. Von einem „über den Hof schleifen“ aber, wie die „D. N. N.“ und das „Danziger Volksblatt“ zu berichten wußten, kann unter keinen Umständen die Rede sein. Einwandfreie Zeugen haben uns dies bestätigt.

Während sich die „D. N. N.“ begnügen, den entstellten Bericht des Zentralverbandes christlicher Fabrik- und Transportarbeiter zum Abdruck zu bringen, allerdings unter der gefälligen Ueberschrift „Ueber einen Fall brutalen Terrorismus“, ergreift das „Danziger Volksblatt“ die willkommene Gelegenheit, den freien Gewerkschaften überhaupt eins auszuwichen. Die Absicht ist klar! Die Christlichen gehen auf Dauernfang aus. Unser letzter Erfolg, den wir zu verzeichnen hatten, hat den Neid der Christlichen geweckt. Und das ist verständlich.

Neben der restlosen Erfüllung unserer Forderungen gaben die Arbeitgeber zu, daß sie den Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter als die zuständige Organisation betrachteten. Das wissen die Christlichen genau. Schon lange trachteten sie danach, Unzufriedenheit in die Reihen unserer Kollegen zu tragen. Indes glückte ihnen dies in keiner Weise. An dem Verhalten der Danziger Kollegen war nichts auszusetzen. Es mußte schon zu Mitteln gegriffen werden, wie sie der obige Bericht zeigt. Um die Sache aber noch verständlicher zu machen, können wir uns nicht enthalten, bekanntzugeben, daß der Schwiegersohn des in dem Bericht erwähnten Vorherr Verbandsangehörter des christlichen Fabrik- und Transportarbeiterverbandes ist. Der Erbgewinn des hiesigen Mandärs war schließlich der Verwirrung in unseren Reihen anzukleben. Dies Ziel ist ihnen schwer mißglückt. Die Danziger Kollegen wissen genau, wo sie als klassenbewusste Arbeiter hingehören. Sie wissen es noch aus der Zeit, als die Christlichen in den Brauereien dominierten, wo lediglich auf die Beitragszahlung gesehen wurde, für das Wohl der Kollegen aber nichts geschah. Das eine mögen sich die Christlichen gesagt sein lassen, an der Geschlossenheit der Danziger Kollegen zu rütteln, hieße auf Granit beißen.

Elberfeld-Barmen-Nemtscheid. Am 15. Mai fand im Gewerkschaftshaus in Barmen die Generalversammlung statt, in der Kollege Ruff den Geschäfts- und Kassenbericht über das 1. Quartal gab. Die Tätigkeit war ziemlich umfangreich durch die Lohnbewegungen und infolge der politischen Unruhen. Die Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse betragen 6758,10 Mk. Der Lokalkassenbestand beträgt 7139,80 Mk. Für die streikenden Kollegen in Düsseldorf und Dortmund wurden 10 932 Mk. gesammelt. In der Diskussion wurde das Verhalten eines Kollegen scharf kritisiert, weil er sich geweigert hat, den von der Versammlung beschlossenen Tageslohn an die Streikenden abzuliefern.

Bei Punkt 3, Festsetzung des Lokaltbeitrages, berichtete Kollege Ruff eingehend über die Notwendigkeit der Erhöhung der Beiträge. Nachdem der Verbandsbeitrags die Beiträge in der ersten Klasse auf 2 Mk. festgesetzt hat, sind wir gezwungen, unseren Lokaltbeitrag neu festzusetzen, indem der heilige Beitrag von 2 Mk. ab 1. Juli vollständig an die Hauptkasse abgeliefert werden muß. Um nun nicht in denselben Fehler zu verfallen wie der Verbandsbeitrag, daß man die Beiträge von vornherein zu niedrig festsetzt, und um allen Kollegen und Kolleginnen gerecht zu werden, wird folgender Antrag gestellt: Bei einem Wochenlohn von 200 Mk. aufwärts beträgt der Lokaltbeitrag 1 Mk., bei einem Wochenlohn von 150 Mk. bis 200 Mk. 50 Pf. und bei einem Wochenlohn unter 150 Mk. 30 Pf. Die Mehrerinnahmen sollen hauptsächlich als Kampffonds verwendet werden, da es heute ausgeschlossen ist, bei einem längeren Kampf mit dem von dem Verbandsbeitrag beschlossenen Streitgeld auszukommen, wenn nicht von den Lokalkassen Zuschüsse gewährt werden. Die Lokaltbeiträge von 1 Mk. sollen durch Stempel wie bisher kenntlich gemacht werden. Unfreudlicherweise konnte in der Diskussion festgestellt werden, daß sich alle Redner für den Antrag ausgesprochen haben und zum Teil noch über den Antrag hinausgehen wollten. Die Abstimmung ergab einstimmige Annahme des Antrages. — Zum Schluß wurde von seiten des Vorstandes auf die Ausführung des Tageslohn für die Märzgefallenen aufmerksam gemacht.

Tüft. Hier hat sich die Unsitte herausgebildet, daß einzelne Kollegen von der Aktienbrauerei Abt. II sich vom Braumeister Engel über die Vorgänge in den Versammlungen ausfragen lassen und ihm auch willfährig Rede stehen. Das Ausfragen ist ebensowenig anständig wie die Mitteilung. Wir hoffen, daß dieses nun beiderseits aufhört. Was der Braumeister von Versammlungen in der Versammlung erfahren soll, das wird ihm der Vorstand der Zahlstelle mitteilen; alles andere geht ihn nichts an und hat ihn darüber auch niemand zu unterrichten.

Rundschau.

Aus Industrie und Beruf.

Brauerei- und Mälzereibergbauernschaft. Der Genossenschaftsborsta und beschäftigte sich in seiner Sitzung mit Organisationsfragen und der Zeit entsprechende Aenderung der Einrichtungen. Der Genossenschaftsborsta m l u n g soll vorge schlagen werden, die Zahl der Sektionen von jetzt neun auf fünf herabzusetzen, und zwar nach folgender Einteilung:

- I. Sektion. Baden, Pfalz, Württemberg, Regierungsbezirk Sigmaringen und Saarland.
II. Sektion. Bayern mit Ausnahme der Pfalz.
III. Sektion. Provinzen Ostpreußen, Westpreußen (Neit), Posen (Neit), Schlesien, Pommern, Brandenburg einschließlich Berlin, Schleswig-Holstein, Preussischer Re-

gierungsbezirk Lüneburg, Stade (eventuell Hannover), Magdeburg, Mecklenburg-Schwerin und Strelitz, Braunschweig, Hamburg und Lübeck mit früherem Fürstentum Lüneburg.

IV. Sektion. Sachsen, Preussischer Regierungsbezirk Merseburg, Erfurt, Gildesheim, Kreis Schmalkalden, Bayerischer Bezirk Coburg, Anhalt und Thüringen.

V. Sektion. Rheinland, Westfalen, Hessen-Nassau mit Waldeck und Kreis Nienstein ohne Kreis Schmalkalden, Regierungsbezirk Osnabrück, Aachen (eventuell Hannover), Kreis frühere Grafschaft Schaumburg, Bremen, Hessen, Oldenburg, Schaumburg-Lippe und Sippe-Deimold.

Die Erhöhung der Versicherungsgrenze wurde vorerst mit 15 000 Mk. angelegt. Anerkannt wurde die Heranziehung der Vertreter der Versicherten bei der Entschädigungsfestsetzung. Die Berechnung der Vollen und Durchschnittsbeiträge, die alljährlich dem Reichsversicherungsamt zur Vorlage beim Reichstag bekannt zu geben sind, soll einheitlich unter Voraussetzung einer Durchschnittsleistung von je 300 Tagen von je 8 Stunden erfolgen.

Kapitalerhöhungen. Die Hamburger Reismühlen A.-G. beantragt Erhöhung des Aktienkapitals um 1,5 Millionen Mark auf 3 Millionen Mark; die Dortmunder Aktienbrauerei um 4 617 600 Mk. auf 8 426 700 Mk.; die Firma Ferdinand Rückert A.-G. Steffin um 4 Millionen auf 10 Millionen Mark; die Mainzer Aktienbrauerei erhöhte das Aktienkapital auf 3,6 Millionen Mark.

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Aus den gewerkschaftlichen Organisationen. 100 000 Mitglieder zählt jetzt der Tabakarbeiterverband. 96 000 Auflage hat „Der Zimmerer“ erreicht.

Volkswirtschaftliches, Soziales.

Reichsamt für Arbeitsvermittlung. Der Ausschuss für Volkswirtschaft nahm in der Sitzung vom 17. und 18. Mai eine Verordnung über die Errichtung eines Reichsamts für Arbeitsvermittlung an. Nach § 1 der Verordnung wird zur Beobachtung des Arbeitsmarktes und zur einheitlichen Regelung der Arbeitsvermittlung ein Reichsamt für Arbeitsvermittlung errichtet. Ihm liegen u. a. folgende Aufgaben ob:

die Beobachtung des Arbeitsmarktes und die Herausgabe laufender Veröffentlichungen über seine Lage zwecks Anbahnung eines Ausgleichs von Angebot und Nachfrage zwischen verschiedenen Gebieten und Berufen;

im Einvernehmen mit den obersten Landesbehörden die Aufsicht über alle Einrichtungen, die für die Zusammenfassung der Arbeitsnachweise größerer Gebiete bestimmt sind, sowie die Aufsicht über Arbeitsnachweise jeder Art und über die gewerkschaftliche Stellenvermittlung;

die Regelung der Anwerbung und Vermittlung ausländischer Arbeitnehmer;

die Durchführung der Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit getroffen werden;

die Sammlung der Tarifverträge und ihre Auswertung;

die Beobachtung der Zustände und Aussperrungen; die Beobachtung der Entwicklung der Berufsvereine von Arbeitgebern und Arbeitnehmern.

Das Reichsamt wird ermächtigt, mit Zustimmung der obersten Landesbehörden seine Aufgaben und Befugnisse auf Arbeitsnachweiseinrichtungen zu übertragen und zu bestimmen, daß Zwangsverordnungen gegen die von ihm erlassenen Bestimmungen über die Anwerbung und Vermittlung ausländischer Arbeitnehmer mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark bestraft werden.

Einkommenertrag-Erhöhung durch Lohnabzug. Durch Verordnung vom 21. Mai 1920, die in diesen Tagen im Reichsgesetzblatt veröffentlicht wird, hat der Reichsminister der Finanzen die Bestimmungen der §§ 45 bis 52 des Einkommenertraggesetzes vom 23. März 1920 mit Wirkung vom 21. Juni 1920 ab, in Kraft gesetzt. Danach werden sämtliche Arbeitgeber von diesem Tage ab verpflichtet sein, 10 Proz. des Arbeitslohnes zu Lasten des Arbeitnehmers als vorläufige Einkommenertrag einzubehalten und für diesen Betrag Steuern in die Steuerkarte des Arbeitnehmers zu legen. Die Arbeitnehmer sind verpflichtet, sich rechtzeitig durch die Gemeindebehörde ihres Wohnortes oder Sachverständigen Steuerkarten ausstellen zu lassen. Die Ausfertigung erfolgt unentgeltlich.

Verchiedenes.

Die bannenen Arbeiter sollen von den Deutschen Nationalen eingeleitet werden. Man lese folgendes Rundschreiben: Deutschnationale Volkspartei, Kreis Kempten.

Au unsere Parteimitglieder und Freunde!

Das hat uns zur sozialdemokratischen Partei herangezogene Jungling bei seine Schuldigkeit getan. Die Arbeiter glauben bekanntlich alles, was gedruckt ist, es liegt demnach an uns, sie fortwährend mit dem richtigen Bewusstsein zu versorgen. Eine in diesem Sinne geschickte Agitation wird ihre Wirkung nicht verfehlen. Durch den Hinweis auf die Juden sind besonders dadurch, daß man den Anschein erweckt, als ob die Führer mit jüdischem Gelde bezaubert werden, lassen sich die Arbeiter leicht ablenken; dazu kommt, daß Reichstagsreden und Anreden sich gegenseitig bekämpfen bis zum Neffen. Augen wir die für uns überaus günstige Situation nicht aus, indem wir die Aufmerksamkeit der Arbeiter auf die Juden und nur auf die Juden lenken, denn wird der 12. März, der wie Frühlingssonne hoffnungsvoll uns entgegen, muß Sturm und Wetter seine Hüten erschaffen und reiche Früchte tragen.

Deutschnationale Volkspartei, Kreis Kempten.

Wir lassen sich niemand verführen durch Demagogik und falscher Elemente, welche die Arbeiter für dumme halten, aber nicht nicht glauben, was sie sagen.

Literarisches.

Mit Rußland zum Aufbau und zur Freiheit. Ein Ruf an das deutsche Volk und seine Arbeiter von Otto Ruy, Sekretär der deutschen Arbeiterräte in St. Petersburg. Herausgegeben von „Aufbau und Werden“, Gesellschaft für praktische Volksaufklärung. „Der Stern“, Verlag Berlin W. 57. Preis 1 Mk.

Der Rapp-Ruß und seine Lehren. Von Richard Bernstein, Redakteur des „Vorwärts“. Heft 10 der „Revolutions-Bibliothek“. Verlag Gesellschaft und Erziehung, Berlin-Staatenau. Preis 1 Mk.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau, Redaktion und Expedition der „Verbands-Zeitung“, Berlin O. 27, Schillerstraße 61V, Fernsprecher: Amt Königsstadt 275

Diese Woche ist der 23. Wochenbeitrag fällig.

Mitteilungen der Hauptverwaltung.

Estrafporto.

mußte in der Woche vom 24. bis 29. Mai die Summe von 7,80 Mk. gezahlt werden.

Geschmigte Lokalbeiträge.

Elberfeld-Barmen-Memscheid 1 Mk., 50 und 30 Pf., je nach Lohnhöhe, ab 1. Juli; Flensburg 50 Pf. ab 1. Juli; Olgau 30 Pf., Göttingen 20 Pf. ab 1. Juli; Greußen 20 Pf. ab 1. Juli; Hermingen 20 Pf. ab 1. Juli; Hirschberg 30 Pf.; Kaufbeuren 50 Pf., Lauterberg a. S. 20 Pf. ab 1. Juli; Memmingen 50 Pf., Remmingsen 30 Pf. ab 1. Juli; Sangerhausen 30 Pf., Suhl 20 Pf. ab 1. Juli; Wittichenberge 20 Pf., Würzen Männer 50 Pf., Frauen 30 Pf.

Der Verbandsvorstand.

Das neue Mitgliedsbuch für den Kollegen Johann Winter, Frau, geb. 22. November 1882 zu Siegenburg, eingetr. am 1. Mai 1920 in München, liegt in der Hauptverwaltung zum Versand.

Da Zweifel bestehen, an welche Poststelle das Buch zu schicken ist, bitten wir um Nachricht, wohin die Zusendung erfolgen soll.

Die Hauptverwaltung.

Eingänge der Hauptkassie

vom 22. bis 29. Mai.

Greifeld 6,—; Briesen 6,30; Erlangen 470,75; Remel 159,88; Alfeld 379,95; Düsseldorf 466,90; Steffin 1223,60; Briesen 12,30; Siedl 1,—; Rappenburg 674,40; Gera 1100,—; Deberan 150,— Mk.

Materialverwand.

(A = Mitgliedsarten, B = Mitgliedsbücher. Der Wert der Beitragsmarken ist in Klammern [a 50 usw.] angegeben.)

Ansbach: 2000 a 200, 500 a 150, 500 a 100. Apolda: 800 a 200. Arnstadt: 3000 a 200, 200 a 100, 200 a 60. Artern: 300 a 200. Bremen: 20 000 a 200, 10 000 a 100. Bremerhaven: 2000 a 200, 300 a 150. Gamburg: 800 a 200. Chemnitz: 20 000 a 200, 4000 a 150, 2000 a 100, 400 a 60. Göttingen: 20 000 a 200, 1000 a 150, 500 a 100, 200 a 60. Olgau: 500 a 100, 200 a 80. Pöbeln: 5000 a 200. Eisenburg: 1000 a 200. Rathenau: 10 R., 2000 a 200, 400 a 150. Darmstadt: 2200 a 100. Künigssee: 500 a 200. Würzen: 5000 a 200, 700 a 150, 200 a 100. Remmingsen: 100 a 80. Mühlrose: 600 a 200, 100 a 150. Sangerh.: 300 a 60. Elberfeld-Barmen: 10 500 a 200, 500 a 150. Waren: 1000 a 200. Olgau: 1500 a 200, 500 a 150. Serrah: 1000 a 200. Sangerhausen: 1000 a 200. Ketterlen: 3000 a 200, 400 a 100. Schwerin: 4000 a 200. Wernigerode: 200 a 200, 100 a 100. Lübeck: 5000 a 200, 800 a 150. Greifswald: 20 R., 1000 a 200, 200 a 150. Halle: 10 000 a 200. Christianstadt: 600 a 200. Dortmund: 20 000 a 200. Dresden: 40 000 a 200, 4000 a 150, 2000 a 100, 2000 a 60. Gassel: 5000 a 200, 1500 a 150. Burg: 1000 a 200. Kaufbeuren: 2000 a 200, 500 a 150. Remmingsen: 1200 a 200, 600 a 100, 100 a 60. Helmshausen: 300 a 200, 200 a 100. Elmshorn: 3000 a 200. Elbing: 2000 a 200, 1000 a 150. Mühlhausen i. Th.: 1000 a 100. Frankfurt a. M.: 50 000 a 200, 500 a 150, 500 a 100. Frettsdorf: 200 a 200. Gräblich: 400 a 200, 100 a 100. Gräblich: 3000 a 200, 3000 a 150. Gera: 1400 a 200, 100 a 150. Wittichenberge: 2000 a 200, 500 a 60. Seiffels: 3000 a 200, 200 a 100. Suhl: 500 a 200. Rudolstadt: 100 a 100. Eisenach: 1500 a 200, 200 a 150, 100 a 60. Rannheim: 15 000 a 200. Heilbrunn: 4000 a 200, 1000 a 100. Barmen: 200 a 100. Gumburg: 500 a 200. Kaiserlautern: 3000 a 200, 200 a 150. Kiel: 25 000 a 200, 3000 a 150, 1000 a 100. Königsberg i. Neumark: 300 a 200. Gassel: 300 a 200, 100 a 150. Lauterberg a. S.: 5000 a 200, 400 a 150. Pögnitz: 1200 a 200, 500 a 150, 200 a 100, 100 a 60. Sondershausen: 100 a 100. Gamburg: 4000 a 200. Neumünster: 1500 a 200. Kempten: 1000 a 200. Rappenburg: 50 000 a 200. Ogdersheim: 1600 a 200. Pöbeln: 7000 a 200. Luedlburg: 1000 a 200, 100 a 100. Reichenbach: 2000 a 200, 500 a 150. Rothenburg a. S.: 500 a 200. Rudolstadt: 1000 a 200, 500 a 150, 200 a 100. Sorau: 1000 a 200. Schlewig: 50 R., 1000 a 200. Lützelbach: 2000 a 200. Würzburg: 8000 a 200, 1000 a 150, 500 a 100, 300 a 60. Zweibrücken: 2000 a 200.

Aus den Bezirken und Zahlstellen.

Brieg. Bez.: Josef Piesner, Alte Kajette, Alod II. Gumbel. Post: W. H. Schramm, Waidersb. 7. Gera. Bez.: Karl Blöddrich, Hohe, Schürst. 3. Helmshausen (Neu.) Bez.: Werner Samson, Hopfenstraße 16.

Veranstaltungsanzeigen.

Essenabend, den 5. Juni. Gumbel. 7 1/2 Uhr: Gewerkschaftshaus. Kempten. Im Hof, Gumbel. 4. Olgau. 8 Uhr: bei Roritz, Radeburger Str. Gumbel. 7 Uhr: Vereinslokal. Rappenburg. 7 Uhr: Schillerstraße, Gumbelstraße. Sangerhausen. 8 Uhr: „Verrückung“.

Schweinfurt. 7 Uhr abends: bei Vogt, Krumme Gasse 23. Speyer. 6 Uhr: „Zur neuen Pfalz“. Staßfurt. Gasthof zum schwarzen Hahn. Stendal. 8 Uhr: bei Grotz, Elisabethstr. 8. Steffin. Weinkellerarbeiter. 7 Uhr: „Zum goldenen Horn“, Gr. Wollmeberstr. 33/34. Tübingen. 8 Uhr: im „Pahnen“. Wittenb. 5 1/2 Uhr: bei Cosselmann. Wernigerode. 8 1/2 Uhr: „Volksgarten“.

Sonntag, den 6. Juni.

Grimmsteden. 2 1/2 Uhr: Herberge zur Heimat. Künigssee. 3 Uhr: Lokal Müller, Landsberger Str. 34. Detmold. Vormittags 10 Uhr: „Zentralhalle“. Gumbel. Vorm. 10 Uhr: Lokal Reine. Frankenhausen. 8 Uhr: Bauersfelds Restaurant. Glogau. 7 Uhr: bei W. Roske. Gumbel. 2 Uhr: „Eisenhammer“, Müllangerstr. 26. Gumbel. 2 Uhr: Lokal Werner, Radeburger Platz. Gumbel. 9 Uhr vorm.: Gewerkschaftshaus. Gumbel. Vorm. 10 Uhr: Prayn, Fiedrichstr. 81. Gumbel. Vormittags 9 1/2 Uhr: Gasthaus „Felsen“. Gumbel. 3 Uhr: Gewerkschaftshaus, Gartenstraße. Gumbel. 3 Uhr: „Zur Post“, Ruhersdorf. Gumbel (Pfalz). Im Vereinslokal. Gumbel. Im Versammlungslokal. Kaufbeuren. Gasthaus zum Engel. Königssee. 3 Uhr: Felsenkeller. Rappenburg i. Schl. 3 Uhr: Brauerei-Ausschank D. Speer. Rappenburg i. B. 10 Uhr: Gasthof zur Linde. Rappenburg. 9 1/2 Uhr vorm.: Lokal Kriech. Rappenburg. Vorm. 10 Uhr: Lokal Ennenmeher. Rappenburg a. Saale. 10 Uhr vorm.: Wm. Wirsching. Rappenburg. 3 Uhr: Gasthaus Marzangig. Rappenburg. 3 Uhr: Versammlungslokal. Rappenburg. 3 Uhr: „Klosterchenke“. Rappenburg. 2 1/2 Uhr: bei Hausmann. Rappenburg. 3 Uhr: „Kaiser Friedrich“, Augustinern 14. Rappenburg. 3 Uhr: Lokal Reinhardt. Rappenburg. 10 Uhr vorm.: „Harmonia“, Schussenstraße. Rappenburg. 9 1/2 Uhr vorm.: bei Gottschalk, Engeren. Rappenburg. 2 Uhr: Im Sterngarten. Rappenburg. 2 Uhr: „Zur Traube“. Rappenburg. 9 Uhr: „Erholung“. Rappenburg. 8 Uhr: bei Marthin. Rappenburg. 2 Uhr: Zum „Felsen“. Rappenburg. 3 Uhr: „Stadt Gumbel“, Reichenbacher Straße. Speyer. 2 Uhr: „Zur neuen Pfalz“. Unterweiskach. 3 Uhr: Lokal Kachhof. Wittenhausen. 4 Uhr: Gasthof zur Krone. Montag, den 7. Juni. Gumbel. Im Versammlungslokal. Rappenburg. 7 Uhr: bei Vogler.

Mittwoch, den 9. Juni.

Rappenburg. 7 Uhr: „Wittelsbacher Hof“. Neumünster. 8 Uhr: Lindemann, „Reichshalle“. Donnerstag, den 10. Juni: Gumbel. 7 1/2 Uhr: „Feldhöfchen“. Freitag, den 11. Juni. Greifswald. 7 1/2 Uhr: bei Benz, Gange Reihe.

Unsern Kollegen Julius Müller und seiner lieben Frau nachträglich die besten Glückwünsche zur Vermählung. Die Kollegen der Brauerei Weker, St. Ingbert (Pfalz).

Unsern Kollegen Jakob Reff und seiner lieben Frau zur Vermählung nachträglich die herzlichsten Glückwünsche. Die Kollegen der Brauerei Darmstadt.

Unsern Kollegen Otto Köthe und seiner lieben Frau Luise nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. Zahlstelle Elberfeld-Barmen-Memscheid.

Unsern werten Kollegen Konrad Eiler und seiner lieben Frau zur Vermählung nachträglich die herzlichsten Glückwünsche. Die Kollegen der Brauerei Zimmendorf, Rindorf.

Unsern Verbandskollegen Müller Reinhold Worbis nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. Zahlstelle Freiburg i. Schl.

Unsern Kollegen Weber und seiner lieben Frau zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche. Die Kollegen der Zahlstelle Künigssee.

Unsern Kollegen Wilhelm Müller und seiner lieben Frau zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche. Die Kollegen der Brauerei Thring, Siedl.

Unsern Kollegen Peter Weiler und seiner lieben Frau zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche. Die Kollegen der Zahlstelle Essen a. d. Ruhr.

Friedensbrauerschuhe das beste was es gibt, Paar 75 Mt. Schmitzfeld Nr. 31-39, Paar 38,50 bis 43,50 Mt. Nichtgefallende, wenn nicht getragen, nehme zurück. Josef Urban, Cham i. Bayern.

Brauerschuhe, Friedenswart, a. prima Rindleder, Doppelsohlen. Nachnahme 50 Mt. pro Paar. Josef. Kauf, Holzschuhfabrik, Furtch i. Wald.

Herr.-Hemden 38 Mt. Porto extra. Nachn. Gute Ware. W. Großmann, München. S.O. 4, Saaberstr. 1.

Mein „Ideal“-Schuh ist der beste für Brauer. Mit 2 Schnallen, glattes Leder à 47.— Mt., mit Leder besetzt und Nägeln à 50.— Mt. Doppelsohlen 1.— Mt., Moosfüße 1,50 Mt. Alte Brauerschuhe, Müllerschuh u. d. d. wenn noch gut erhalten, werden mit neuen Holzsohlen versehen. Heinrich Schäfer, Holzschuhfabrik, Gumbel a. M., Schürst. 5.